

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Trachtschrift: Tagesblatt Riesa.
Jahrgang Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1339
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 2.

Sonnabend, 3. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisveränderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 3. 8 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 2. 8 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt 10%, wenn der Betrag vorläufig durch Abrechnung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Der Wälschler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die neuen Regierungsverhandlungen.

Berlin, 3. Januar 1925.

Die Besprechungen, die Reichskanzler Dr. Marx mit dem Reichspräsidenten über die Frage der Regierungsbildung hatte, haben zwar bisher noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt, aber man kann mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die Regierungsbildung bereits in wenigen Tagen gelöst sein wird. Daß man auf rein parlamentarischer Grundlage zur Zeit nicht zur Bildung einer neuen Regierung gelangen kann, steht schon heute ohne weiteres fest. Es bedarf daher nur noch der Zustimmung der maßgebenden Parteien, um zu einer Lösung zu gelangen, die bereits seit den letzten 14 Tagen hinter den Kulissen sorgfältig vorbereitet worden ist. Diese Lösung sieht man in der Errichtung einer überparteilichen Regierung, die von dem bisherigen Reichskanzler Dr. Marx geleitet werden soll und deren Zusammensetzung auf die parlamentarische Situation insofern Rücksicht nimmt, als es der Deutschnationalen Partei freigestellt werden soll, ein oder mehrere ihrer Parteimitglieder in diese überparteiliche Regierung zu entsenden. Wie wir hören, ist Außenminister Dr. Stresemann bereit, dem neuen Kabinett als Außenminister anzugehören, jedoch die bisherige Außenpolitik in unverändertem Sinne fortzuführen werden dürfte. Diese Tatsache ist durchaus keine Heberhebung, denn Dr. Stresemann war, wie wir trotz vorläufiger Dementis, bereits wiederholt berichtet konnten, von vornherein entschlossen, den Kanzler in seinen Bemühungen zu unterstützen.

Im gegenwärtigen Stadium der Dinge steht man noch nicht vor abgeschlossenen Tatsachen. Es besteht die Notwendigkeit, der projizierten überparteilichen Regierung vorzubereiten eine sichere parlamentarische Mehrheit zu schaffen, und aus diesem Grunde werden die Verhandlungen mit den Reichstagsfraktionen noch fortgeführt werden müssen. Die Deutsche Volkspartei zeigt schon jetzt die rückhaltlose Bereitschaft, eine überparteiliche Regierung zu unterstützen, und auch bei dem Zentrum und bei den Demokraten findet dieser Gedanke ohne weiteres Anklang. Entscheidend ist die Haltung der Deutschnationalen Partei. Erklärt sie sich dazu bereit, an einer solchen Lösung mitzuwirken, dann wären die letzten Schwierigkeiten für die Regierungsbildung überwunden. Auf die Sozialdemokratie wäre das neue Kabinett nicht angewiesen, denn es hätte mit Unterstützung der Rechten eine absolut sichere Majorität. Die Sozialdemokratie wird sich wohl dazu entschließen, zur Opposition überzugehen und ihre bisherige Haltung abzuändern, indem sie hauptsächlich bemüht sein wird, den bürgerlichen Parteien Schwierigkeiten zu bereiten, in dem Ziele, die große Koalition im Reich wieder in den Vordergrund zu drängen. Derartige Versuche der Sozialdemokratie würden jedoch nicht zum Ziele führen können, wenn es gelingt, die noch bestehenden Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien zu beseitigen und der neuen Regierung eine gefestigte Position zu verschaffen.

Inzwischen hat sich die außenpolitische Lage ein wenig geklärt, wenn auch noch ein idiosyncratic Stück Arbeit notwendig sein wird, um die Komplikationen zu beseitigen, die durch das vorläufige Vorgehen der Botschafterkonferenz in der Frage der Räumung der Kölner Zone eingetreten sind. Für die neue Regierung würde das Primat der Außenpolitik ohne weiteres bestehen bleiben, und man könnte weitgehend voraussetzen, daß die innenpolitischen Streitfragen mindestens noch zwei bis drei Monate ruhen müssen, weil die außenpolitische Situation es einfach nicht gestattet, das Reich in neue innere Krisen zu stürzen. Man hofft, daß es spätestens bis Mittwoch zu einer völligen Klärung kommen wird, sobald der erfolgte Schritt der Botschafterkonferenz in Berlin unverzüglich durch eine neue Regierung beantwortet werden kann.

Der Verlauf der gestrigen Kabinettsitzung.

Berlin. Über den Verlauf der gestrigen Kabinettsitzung schreibt die „D.Z.“: Die Kabinettsitzung wurde vom Reichskanzler eröffnet. Es wurde nach Besprechung der politischen Lage von mehreren Seiten gefordert, der Reichspräsident müsse zunächst ordnungsmäßig vorgehen und die Sozialdemokratie als stärkste Fraktion beauftragen, ein Mehrheitskabinett zu bilden. Wenn die Sozialdemokraten versagten, müßte er mit der gleichen Forderung an die Deutschnationalen herantreten. Diese Anregung wurde dann telefonisch dem Reichspräsidenten mitgeteilt. Es kam im weiteren Verlauf der Debatte zu einer Art Kompromiß, dessen Inhalt besagt, der Reichspräsident soll gebeten werden, heute noch einmal selbst die Führer der Parteien zu hören und es würde sich dann Gelegenheit zu der Feststellung geben, ob sich die Ansicht bei den verschiedenen Fraktionen der Fraktionen gegenüber einer Erweiterung der bisherigen Koalition noch rechts oder nach links geändert habe und daß auf dem bisherigen Wege mit Erfolg nicht weiter gegangen werden könne.

Berliner Pressestimmen zur Regierungsbildung.

Berlin. Die „Vossische Zeitung“ meint: Es kann sich bei dem Schritt des Reichspräsidenten nur um einen formellen Versuch handeln, durch den zweifellos festgestellt werden soll, daß eine Regierungsbildung auf parlamentarischem Boden nicht möglich ist. — Die „D.Z.“ schreibt: Wenn dieses Eingreifen des Reichspräsidenten einen Sinn haben soll, so kann es allenfalls bedeuten, daß der Reichspräsident vom Zentrum eine Revision seines Standpunktes gegenüber

den Deutschnationalen erwartet. Daß die Deutsche Volkspartei die große Koalition mitmachen könnte, wird wohl auch Herr Ebert nicht annehmen. — Der „Vossische Anzeiger“ ist der Auffassung, daß man mindestens hart mit der Möglichkeit rechnen muß, daß die vorläufig als Droh- und Druckmittel herangezogene überparteiliche Lösung doch ernsthaft versucht werden müsse. — Das „Berliner Tageblatt“ urteilt: Dieser Versuch des Reichspräsidenten der Verlegenheitslösung, ein sogenanntes überparteiliches Kabinett zu bilden, ist unter allen Umständen zu begrüßen, auch wenn man die Aussichten der in erster Linie in Betracht kommenden Parteien, deren Standpunkt in der Frage der Regierungsbildung sich kaum geändert hat, recht gering bewertet.

Wirtschaftsaufbau und Abrüstung.

Die wichtigste Neuheitsbotschaft ist in diesem Jahre unbestreitbar von den Vereinigten Staaten aus in die Welt gerufen worden. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der vielbesprochene Senator Borah hat die alte Forderung nach Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz unter dem Vorhitz der Vereinigten Staaten neu aufgenommen. Er hat einen Antrag an den Senat vorbereitet, in welchem er die Verbindung dieser Konferenz mit einer die ganze Welt umfassenden Abrüstungskonferenz dem Präsidenten vorschlägt. Bedeutend ist an diesem Antrag, daß auch Deutschland und Rußland, wie es heißt „gleichberechtigt“, teilnehmen sollen. Daß gerade Borah, der als ein Hauptvertreter des Zurückhaltungsprinzips gegenüber europäischen Angelegenheiten gilt, sich zum Sprecher für die genannten Gedanken gemacht hat, beweist, daß man in Amerika in einer solchen Aktion die Fortsetzung der in dem Dawesgutachten eingeleiteten, als rein wirtschaftlich angesehenen Politik erblickt. Die Verbindung zwischen dem Gedanken einer internationalen Wirtschaftsstabilisierung und der Abrüstung liegt gerade für Amerika sehr nahe. Betrachtet man doch die außerordentlich kostspieligen Rüstungen Frankreichs und der von Frankreich militärisch ausgehaltenen Balkanstaaten angesichts der Weigerung dieses Landes, das interalliierte Schuldenproblem ernst zu nehmen, mit nicht sehr fremdbildigen Augen. Auch Staatssekretär Hoover hat anlässlich des Jahreswechsels seine Beunruhigung über die Rüstungsentwicklung in Europa zum Ausdruck gebracht. Wenn er naturgemäß auch nicht das Land genannt hat, das er in erster Linie meint, so ist es doch nicht zweifelhaft, gegen wen sich der Vorwurf richtet. Die angeblichen Geheimrüstungen Deutschlands werden, wenn man auch aus alter Gewohnheit den französischen Darstellungen in der Presse vielfach noch Raum gibt, in maßgebenden Kreisen als das beurteilt, was sie sind, als ein Vorwand für die Nichträumung der Kölner Zone. Mannigfaltig, außerordentlich heftig in der Behandlung und ineinander verflochten sind die Probleme, die auf einer ernstgemeinten internationalen Wirtschafts- und Abrüstungskonferenz erörtert werden müßten. Abgesehen von den mitteleuropäischen Wirrnissen ist auch die Frage der Beteiligung Deutschlands für Amerika durchaus ungeklärt. Coolidge und sein Außenminister Hughes wollen vor einer Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden und des ausländischen Verleasentums vorläufig von Verhandlungen mit Rußland nichts wissen.

In Erwartung der alliierten Note.

Berlin, 3. Januar. In den Berliner Regierungskreisen erwartet man mit großer Spannung die Note der alliierten Mächte, deren Ueberreichung sich immer wieder verzögert hat. Sobald die Note eingetroffen sein wird, werden wichtige Beratungen innerhalb des Reichskabinetts stattfinden, um so schnell als irgend möglich die Mitteilung der Botschafterkonferenz mit einem offiziellen diplomatischen Schritt beantworten zu können. Man würde es in Berlin begrüßen, wenn die Verantwortung der Entente noch vor dem 14. Januar möglich wäre, da um diese Zeit die alliierte Finanzkonferenz stattfindet, auf der zweifellos auch die großen politischen Probleme besprochen werden dürften.

Ueberreichung der Note erst am Montag.

Paris. Die Note der Botschafterkonferenz über die Räumung der Kölner Zone wurde den alliierten Botschaftern in Berlin zugestellt, die sie wahrscheinlich am Montag dem Reichsminister Dr. Stresemann überreichen werden.

Vorläufig kein Abschluß der Militärkontrolle.

Berlin, 3. Januar. Wie wir erfahren, wird die Militärkontrollfrage voraussichtlich noch zu weiteren Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen führen müssen, denen man in Berlin mit einiger Vororgnis entgegensteht. Die Militärkontrollkommission scheint zu beabsichtigen, ihre Tätigkeit vorläufig noch um einige Monate fortzusetzen, sobald ein endgültiger Abschluß der jetzigen abschließenden Generalinspektion zur Zeit noch garnicht abzusehen wäre. Die Reichsregierung wird daher darauf dringen müssen, daß die Militärkontrollfrage sobald als irgend möglich geregelt wird, damit gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages die Ueberwachung der deutschen Abrüstungen den vom Völkerbund einzusetzenden Organen übertragen werden kann.

Neue Ängste über Deutschlands Bewaffnung.

* Amsterdam. Der Pariser „Matin“ veröffentlicht vor einigen Tagen eine Meldung aus Holland, die aus sehr vertrauenswürdiger Quelle stammen sollte und in der mitgeteilt wurde, daß seit einiger Zeit auf der Rotterdamer Werft Wilton Teile von Unterseebooten für Deutschland hergestellt würden, was als ein neuer Beweis für Deutschlands Bewaffnung gelten könnte. Die Korrespondenten mehrerer hiesiger Blätter, darunter auch der „Telegraaf“, haben darauf bei der Direktion der Wilton-Walchinenfabrik und Schiffswerk in Rotterdam Erkundigungen nach der Richtigkeit der obigen Nachricht des französischen Blattes eingezogen. Das Ergebnis war, daß die Direktion der Werft den Bericht des „Matin“ als eine glatte Erfindung bezeichnete und hinzufügte, daß von einer derartigen Fabrikation niemals auch nur die Rede gewesen sei. Die Korrespondenten wurden auch von der Direktion erlucht, die französische Meldung in ihren Blättern zu dementieren. (D.Z.)

Eine Anerkennung für die Arbeit bei den Reichstagswahlen.

Dresden. Der sächsische Ministerpräsident erlät namens des Gesamtministeriums folgende Rundmachung: Der Herr Reichsminister des Innern hat an die Landesregierungen folgendes Schreiben gerichtet: Das vorläufige Gesamtergebnis der Reichstagswahl konnte bereits am Mittag nach der Wahl bekanntgegeben werden. Diese Leistung, die umso bemerkenswerter ist, als mit der Reichstagswahl im größten Teile des Reichs Wahlen zu Landesparlamenten oder Kommunalwahlen verbunden waren, ist dem zielbewußten Zusammenwirken der Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit den Kreiswahlleitern und dem Reichswahlleiter zu danken. Ich bitte, allen amtlich und ehrenamtlich bei der Festlegung der Wahlergebnisse beteiligten Persönlichkeiten, insbesondere den Wahlvorstehern, den Mitgliedern der Wahlvorstände, den Bürgermeistern, den Beamten der unteren Verwaltungsbehörden, den Kreiswahlleitern und ihren Beamten meinen Dank und meine volle Anerkennung auszusprechen zu wollen. Die reiche und zuverlässige Fällung der Wahlergebnisse stellt eine glänzende Leistung deutscher Organisationsfähigkeit und Amtstätigkeit dar.

Die sächsische Regierung ergreift gern die Gelegenheit, bei der Bekanntgabe dieses Schreibens auch ihrerseits allen an der Durchführung der Reichstagswahl beteiligt gewesenen Behörden und Personen für die geleistete vorzügliche Arbeit ihre Anerkennung und ihren Dank auszusprechen.

Die Regierungsfrage in Preußen.

Berlin, 3. Januar. In Preußen tritt die Regierungsfrage jetzt ebenfalls in ihr entscheidendes Stadium ein. Die preussischen Landtagsfraktionen werden erst im Laufe der nächsten Woche zu der Regierungsfrage endgültig Stellung nehmen. Das preussische Staatsministerium wird nunmehr darüber Bescheid wissen, ob es jetzt nach dem Zusammentritt des Landtags seinen Rücktritt nehmen soll, oder ob es auf Grund der Bestimmungen der preussischen Verfassung erst den Beschluß der Landtagsparteien abwartet. In den volksparteilichen Kreisen drängt man ebenfalls ziemlich lebhaft auf die Lösung der Regierungsfrage hin und macht ernste Bestrebungen geltend, schon jetzt die Demission der bisherigen preussischen Regierung herbeizuführen.

Annahme des bayerischen Kontrahats?

München. Während in den letzten Tagen von der Wahrscheinlichkeit einer weiteren Verzögerung des Kontrahats berichtet wurde, teilt jetzt das Organ des bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes mit, daß bereits am nächsten Mittwoch im Verfassungsausschuß des Landtages mit der Annahme des Mantelgesetzes zu den Rindenerträgen zu rechnen ist. Im Plenum werden die Koalitionsparteien, die beiden Zentrumsabgeordneten und der Beamtenvertreter für das Mantelgesetz stimmen, welches damit mit 73 gegen 56 Stimmen der Sozialdemokraten, Linken und Kommunisten und Demokraten zur Annahme gelangen dürfte.

Das Heilige Jahr 1925.

Von den Erzbischöfen und Bischöfen der Welt ist seiner Heiligkeit dem Papst der goldene Hammer geschenkt worden, mit dem er an die Heilige Tür in St. Peter's Klopfe, einmal, zweimal, dreimal. Da öffnete sie sich und mit einem goldenen Kreuz in der Rechten und einer brennenden Kerze in der Linken überschritt der Papst als erster die Schwelle der Heiligen Tür und eröffnete somit das Heilige Jahr, oder Jubeljahr 1925. Bevor Seine Heiligkeit in die Basilika trat, legte er die Mitra und das kostbare Regengewand ab, als erster Sünder wurde er der besonderen Gnade teilhaftig, welche die Kirche den Gläubigen alle 25 Jahre einmal gewährt. Unter ihm strömte die Menge der Pilger, die nach Tausenden zählte, durch die Heilige Tür. Das gleiche Schauspiel fand vor den Basiliken von St. John Lateran, Santa Maria Maggiore und St. Paul statt, wo die Heiligen Türen von Kardinalen geöffnet wurden.

Radeberger Pilsner, das bevorzugte echte deutsche Pilsner, übertrifft alle Tschechenbiere. Vertreter: R. Schwade, Riesa, Formel 49.